

Eine Industriegesellschaft im Wandel

Auftakt zur Debatte der Studie
„Zukunftsfähiges Deutschland
in einer globalisierten Welt“

Dr. Reinald Döbel

24.-26.10.2008, Evangelische Akademie Villigst

Inhalt

Wann? Wenn nicht jetzt!.....	3
Zukunftsfähigkeit als Leitbegriff christlicher Ethik.....	4
„Wir müssen die Dinge zusammen denken und endlich von Erkenntnissen zum Handeln kommen“	7
Überblick über die Studie in acht Bildern.....	8
Abschied von der Wachstumsfalle	12
„Mit wem wollen Sie reden?“ - Diskussion mit dem Projektleiter und den Herausgebern	14
Eine Industriegesellschaft im Klimawandel - Die Kirchen und ihr Beitrag zu einem zukunftsfähigen Deutschland	15
Bestandsaufnahme und Perspektiven kirchlicher Arbeit für Nachhaltigkeit..	16
Klimawandel und Gerechtigkeit – ethische Herausforderungen	17
„Testfall Zukunftsfähigkeit“ Klimaschutz im Energieland Nordrhein-Westfalen	19
Energie- und Klimapolitik in einem zukunftsfähigen Nordrhein-Westfalen...	20
Ein Fazit.....	24

Wann? Wenn nicht jetzt!

Unter diesem Motto lud die Evangelische Akademie Villigst, in Kooperation mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Brot für die Welt, und der klima-allianz zum Auftakt der Debatte über die neue Studie des Wuppertal-Instituts ein. Der Zeitpunkt für den Anstoß zur öffentlichen Diskussion von „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ hätte nicht günstiger gewählt sein können, wie Tagungsleiter Pfarrer Klaus Breyer vom Institut für Kirche und Gesellschaft bemerkte: Die gegenwärtige Finanzkrise zwingt uns die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit umso schärfer auf. Und gibt gleichzeitig Anlass zur Hoffnung, dass die Zeichen der Zeit richtig erkannt werden: Rufen doch inzwischen angesichts dieser Krise auch Bank- und Fondsmanager nach staatlicher Kontrolle. Eben die Zeitgenossen, die über die letzten Jahrzehnte lautstark und erfolgreich für Freiheit vom Staat insbesondere für die Finanzmärkte plädierten – und mit dieser Freiheit den noch immer nicht ganz abgewendeten Zusammenbruch dieser Finanzmärkte provozierten.

Das klug zusammengestellte Programm stellte mit dem Blick auf die konkrete Praxis den Aspekt des Klimawandels in den Mittelpunkt. Dem Veranstaltungsort, einer evangelischen Akademie angemessen, spannten die Referenten den Bogen von grundsätzlichen theologischen Fragen zum Handeln der Kirchen selbst und über die Kirchen hinaus: Die grundsätzliche Übereinstimmung der Erkenntnisse und Orientierung der Studie mit kirchlichen Positionen macht die evangelischen Kirchen zu einem „natürlichen“ Partner für die Verbreitung der Erkenntnisse der Studie und ihre Handlungsvorschläge – durch Anregung zur Diskussion ebenso wie durch vorbildliches Handeln. Dies wurde im Ablauf der Tagung selbst deutlich, die nicht nur der Vorstellung der Studie durch den Studienleiter Dr. Wolfgang Sachs viel Raum gab, sondern in Arbeitsgruppen auch die Konsequenzen für das kirchliche Beschaffungswesen, für die kirchliche Entwicklungs- und Öffentlichkeitsarbeit diskutierte. Die Diskussion des Abschlusstags war selbst schon ein Schritt hin zu dieser Öffentlichkeitsarbeit: Staatssekretär Dr. Jens Baganz vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen diskutierte das Energiespar- und Klimakonzept der Landesregierung mit Udo Wichert (Geschäftsführer der Evonik Fernwärme GmbH), Dirk Jansen (BUND), Josef Tumbrink (NABU), Klaus Müller (Verbraucherzentrale NRW), und Klaus Breyer (Umweltbeauftragter der evangelischen Kirchen).

Die gegenwärtige Finanzkrise fällt zusammen mit einer Gerechtigkeitskrise in Sachen Klimaschutz und Nahrungsmittelpreise – Themen, die die Studie ins Zentrum ihrer Analyse und Vorschläge für ein zukunftsfähiges Deutschland stellt, Themen aber auch, die fest in der christlichen Tradition verankert sind. Auch wenn sie lange Zeit vernachlässigt wurden, wie die Vorträge von Prof. Günter Altner und Präses Alfred Buß deutlich machten. Beide erinnerten mit Nachdruck an diese Tradition und plädierten dafür, sie zur Grundlage des zukünftigen Handelns der offiziellen Kirchenorgane zu machen.

Zukunftsfähigkeit als Leitbegriff christlicher Ethik

Prof. Günter Altner

Als „Leitbegriff christlicher Ethik“ reklamierte Prof. Günter Altner gleich zu Beginn den Begriff „Zukunftsfähigkeit“ – als einen Begriff, der über das bloß Diesseitige hinausweist. Es genügt nicht, wie schon Ernst Bloch erkannte, „radikal“ im Sinne von Marx zu sein – nämlich indem man „die Dinge an der Wurzel“ fasst und den Menschen als Wurzel aller Dinge begreift. Denn es gibt etwas, das über den Menschen in seiner jetzigen Form hinausweist, eine Verheißung von etwas Anderem. Um darauf hinzuweisen stellt der Marxist Bloch zu Beginn seines „Prinzip Hoffnung“ das Marx-Zitat einem Zitat aus der Apokalypse des Johannes gegenüber: „Es ist noch nicht erschienen, was wir sein werden. Wenn es aber kommt, werden wir ihm gleichen.“

Diese Verheißung begründet nach Altner die Kraft christlicher Ethik in einer Hoffnung, die über das rein Wirtschaftliche hinausweist. Und nach den Worten des „ehemaligen Bundespräsidenten und Predigers Johannes Rau“ ist „eine Vorstellung jenseits des nur Wirtschaftlichen nötig, um Globalisierung zu gestalten.“ Ohne eine solche Gestaltung aber kommen wir über die Krisen nicht hinaus, denen uns die Wirtschaftskrise als Ergebnis neoliberaler Nicht-Gestaltung gegenüberstellt.

Worum es bei dieser Gestaltung gehen muss, zeigt ein Rückblick auf die klassische Definition von Nachhaltigkeit, mit der die Brundtland-Kommission diesen Begriff fest im modernen Sprachschatz verankert hat: „Nachhaltige Entwicklung befriedigt die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation, ohne die Chancen zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.“

Dieses Verständnis haben neuere Entwicklungen der Theologie aufgegriffen. Sie verabschiedeten sich von der Empfehlung „macht Euch die Erde untertan“ und erinnerten sich stattdessen an das Gebot der Bewahrung der Schöpfung – ein Gebot, das im Licht der modernen Vorstellungen zu einer fundamentalen Rücksichtnahme auf die Regenerationspotentiale natürlicher Vorgänge auffordert. Ein Gebot, das in diesem Licht eine Ausdehnung der herkömmlichen christlichen Sozialethik und des Gerechtigkeitsverständnisses auf die ganze Welt erfordert. Verteilungsgerechtigkeit im Weltmaßstab wird eine ebenso zentrale Forderung wie Verteilungsgerechtigkeit im Hinblick auf zukünftige Generationen: Nur was wir übrig lassen, steht ihnen als Grundlage für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung.

Zukunftsfähigkeit als kirchlicher Begriff steht so im Einklang mit den von der Studie vorgeschlagenen fünf Strategien:

Die „**Effizienzstrategie**“ fordert, möglichst wenig Material zu verbrauchen: um möglichst viel gerecht verteilen zu können – und gleichzeitig genügend für die künftigen Generationen übrig zu lassen.

Die „**Konsistenzstrategie**“ fordert, sowenig wie möglich in natürliche Vorgänge einzugreifen und ihre Integrität zu respektieren – schon um die Leistungspotentiale von Ökosystemen nicht zu schädigen, von denen wir abhängen.

Die „**Suffizienzstrategie**“ fordert, dass wir uns nicht von unserer Gier überwältigen lassen, von einer Sucht nach „immer mehr“ die derzeit das gesamte Wirtschaftsleben dominiert. Dass wir stattdessen lernen, unsere Bedürfnisse mit „Weniger“ genauso vollständig zu befriedigen. Diese Mäßigung macht es auch leichter, die „**Gerechtigkeitsstrategie**“ umzusetzen, die alle derzeit auf dem Planeten lebenden Menschen ebenso einschließt wie die künftigen Generationen. Und schließlich brauchen wir eine

„Bildungsstrategie“, um die Menschen zu befähigen, Lösungen für sich und im Miteinander zu finden, die den anderen Strategien Genüge tun.

Diese fünf Strategien führen – im Sinne des Worts von Johannes Rau – zu einem „Einklammern“ des neoliberalen Paradigmas, der alleinigen Ausrichtung auf wirtschaftliche Effizienz. Sie führen dazu, dass die umfassendere und grundlegendere ökologische Rationalität die reine Marktrationalität „einklammert“ – ihr einen Rahmen gibt.

Allerdings kann das nicht gelingen, ohne, wie Altner es nannte, die „Gottesfrage“ und die „Systemfrage“ zu stellen – ohne die Frage nach dem Verhältnis des Menschen zur Natur insgesamt zusammen zu denken mit der Frage des Verhältnisses des Menschen zu Gott. Ohne, mit den Worten Leonardo Boff, die Existenz Gottes „im Seufzer des Armen“ zu sehen, aber gleichzeitig alle Menschen als Teil eines größeren Systems zu begreifen, das James Lovelock als „Gaia“ apostrophierte. Man kann dies als einen wissenschaftlichen Beitrag zur Korrektur des alten theologischen (Miss-)Verständnisses vom „Herausgehobensein des Menschen aus der Natur“ und der „Abgehobenheit Gottes“ (Carl Améry) betrachten. Diese Korrektur führt hin zum Verständnis des Menschen als eingebettet in größere Zusammenhänge.

Indem die Theologie diese Anregungen aufgegriffen hat, hat sie sich selbst den Wahrheiten anderer Religionen mehr geöffnet – und dabei entdeckt, dass das Verständnis des Eingebettet-Seins in anderen religiösen Wahrheiten ebenfalls existierte. Sogar in so genannten „Naturreligionen“, die es etwa den Amazonasindianern ermöglichten, über Tausende von Jahren dem Regenwald weniger Schaden zuzufügen als die moderne Industriegesellschaft in wenigen Jahrzehnten. So hat diese gewandelte Theologie entdeckt, dass in allen Religionen einerseits der Mensch lebt als einer, der „im Netz des Lebens lebt“, dass er mit allen anderen Kreaturen vernetzt ist. In dieser Theologie geht es um einen anderen Geist Gottes als den eines abgehoben über der Schöpfung thronenden Gottes: Es geht um einen Geist Gottes, der in den Dingen wohnt, statt über ihnen.

Mit diesem Verständnis wird eine bessere interkulturelle Verständigung möglich, in der auch die Gemeinsamkeiten mit anderen religiösen Wahrheiten wahrnehmbar werden:

- Die Vernetztheit des Menschen mit aller Kreatur.
- Das Eröffnet- und Gegebensein allen Lebens von einem nicht hinterfragbaren Ursprung her, von einer „immer schon beschenkenden Zuwendung“ her.
- Die Beauftragung des Menschen zu Lobpreisung und Bewahrung der Schöpfung.
- Die Verpflichtung zu Fürsorge für Mensch und Mit-Kreatur in der Einstellung von Frieden und Gerechtigkeit.

Nach dieser Klärung grundsätzlicher Fragen wandte sich Altner einigen neueren Ansätzen innerhalb der Wissenschaft selbst zu, die starke Affinitäten zu dieser neuen theologischen Position aufweisen.

Neben die bereits erwähnten „Gaia-Hypothese“, die den Planeten Erde als einen – intelligenten – Gesamtorganismus begreift, stellte Altner die von Hans Peter Dürr und Kollegen verfasste Potsdam Denkschrift, die sich gegen eine Wissenschaft wendet, deren alleiniges Ziel wie in der alten Theologie in der Unterwerfung der Natur zum Nutzen

menschlicher Bequemlichkeit liegt. Denn, so die Denkschrift, dieser Haltung mangelt es an eben jener Ehrfurcht in der allein die Vernetztheit allen Lebens erfahrbar ist. Ohne diese Ehrfurcht muss Wissenschaft seit Descartes dem Ideal einer „Weltaußenwissenschaft“ verpflichtet bleiben, in der nur die berechenbaren quantitativen Aspekte eine Rolle spielen. Demgegenüber plädiert die Denkschrift für eine „Weltinnenwissenschaft“ – eine Wissenschaft, die sich nicht als der Natur gegenüber stehend begreift, sondern als in sie eingebettet. In dieser Wissenschaft spielen die qualitativen Merkmale eine ebenso wichtige Rolle wie die messbaren quantitativen Merkmale.

Es ist diese Form von Wissenschaft, die nach Altners Ansicht für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft nötig ist: Nur sie kann der Multidimensionalität, Vernetztheit und Vielfalt der Natur und insbesondere des Lebens gerecht werden. Sie erfordert allerdings – im Sinne der fünften, der Bildungsstrategie – auch eine ganz andere Ausrichtung der Ausbildung von Wissenschaftlern: Eine Öffnung der reinen Orientierung an einzelwissenschaftlichen Disziplinen hin zu einem inter- und transdisziplinären Ansatz, der die Öffnung gegenüber Erkenntnissen und Methoden anderer Disziplinen in die Ausbildung selbst integriert. Auch dafür gibt es mit dem Memorandum „Hochschule neu denken“ wenigstens ein positives Beispiel an der Universität Lüneburg¹. Ein anderes Beispiel bietet der multidisziplinär vernetzte Ansatz des „Wissenschaftlichen Beirats für globale Umweltveränderungen“ (WBGU).

Die ethischen Aspekte dieser für eine nachhaltige (Welt-)Gesellschaft nötigen Neuorientierung aber bringt am besten die Erdcharta² zum Ausdruck:

Wir müssen uns zusammentun, um eine nachhaltige Weltgesellschaft zu schaffen, die sich auf Achtung gegenüber der Natur, die allgemeinen Menschenrechte, wirtschaftliche Gerechtigkeit und eine Kultur des Friedens gründet. Auf dem Weg dorthin ist es unabdingbar, dass wir, die Völker der Erde, Verantwortung übernehmen füreinander, für die größere Gemeinschaft allen Lebens und für zukünftige Generationen.

...

Wir haben die Wahl: Entweder bilden wir eine globale Partnerschaft, um für die Erde und füreinander zu sorgen, oder wir riskieren, uns selbst und die Vielfalt des Lebens zugrunde zu richten. Notwendig sind grundlegende Änderungen unserer Werte, Institutionen und Lebensweise. Wir müssen uns klar machen: sind die Grundbedürfnisse erst einmal befriedigt, dann bedeutet menschliche Entwicklung vorrangig "mehr Sein" und nicht "mehr Haben".

Die Erdcharta schafft also einen Rahmen für jene Öffnung der Haltung gegenüber der Welt und dem Leben – für jene Ehrfurcht – die ihrerseits den Zugang aus allen Religionen ermöglicht.

In der Diskussion betonte Altner noch einmal seinen Ansicht, dass es bei allen Menschen in allen Kulturen ein „nicht ausrottbares Bedürfnis nach tiefer religiöser Begründung“ geben – und auf dieser Basis eine Verständigung zwischen den Wahrheiten der Religionen möglich sei. Was wiederum eine Plattform für eine tragfähige interkulturell und interreligiös gültige Ethik der Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfähigkeit bietet.

¹ Siehe <http://www.uni-lueneburg.de/gruppe2004/seiten/kurz.htm>

² Siehe http://www.erdcharta.de/oi-cms/text-erdcharta_intro.html; die internationale Homepage der *Earth Charter Initiative* ist: <http://www.earthcharter.org/>

Einer Ethik, für deren Grundsätze des Teilens und der Mäßigung Erich Fromm mit seiner Entgegensetzung von „Sein“ und „Haben“ schon vor langer Zeit eine psychologische Begründung geliefert hat: Er sah, dass das „Haben-Wollen“ der Gier unersättlich ist und ihre Unfähigkeit zum Teilen notwendig zu Selbstzerstörung führt.

Das Programm des ersten Abends wurde beschlossen durch die ARD-Reportage „Wer rettet die Welt“, die die konkreten Ansätze des kirchlichen Umweltmanagements im Rahmen des Projekts „Der grüne Hahn“ vorstellte.

„Wir müssen die Dinge zusammen denken und endlich von Erkenntnissen zum Handeln kommen“

Der zweite Tag rückte die Studie selbst in den Mittelpunkt. Zunächst stellten Angelika Zahrt (Ehrenvorsitzende des BUND und Mitglied des Rats für Nachhaltige Entwicklung) und Wilfried Steen (Vorstandsmitglied des EED) die Absicht der Herausgeber dar. Ausgangspunkt bleibt der in Rio erstmals in großem Maßstab unternommene Versuch, „Entwicklung“ und „Umwelt“ gemeinsam zu denken. Aus der Sicht des BUND hat die Erfahrung mit der ersten Studie zum zukunftsfähigen Deutschland von 1996 gezeigt, dass es möglich ist, der öffentlichen Debatte um die drängenden Fragen der Folgen unseres Lebensstils und unserer Art zu Wirtschaften einen wesentlichen Impuls zu geben. Andererseits wurde mit der Zeit immer deutlicher, dass die Betonung der Wichtigkeit von „Nachhaltigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ in öffentlichen Reden keine Entsprechung fand in der Prioritätensetzung bei Entscheidungen über wirtschaftliches und politisches Handeln. So musste der Vorsitzende des Rats für Nachhaltige Entwicklung Volker Hauff angesichts der Ergebnisse der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung³ feststellen, dass diese Nachhaltigkeitsstrategie „gescheitert“ sei.

Mit diesem Wachsen der Diskrepanz zwischen Reden und Handeln wuchs auch die Dringlichkeit der Frage: „Weshalb setzt sich Erkenntnis nicht in Handeln um?“

Dieser Frage öffentlichen Nachdruck zu verleihen war eine der Absichten der Herausgeber. Denn Notwendigkeit nicht nur minimaler Kurskorrekturen, sondern eines grundsätzlichen Kurswechsels, ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden.

Zudem haben sich die Rahmenbedingungen seit dem Erscheinen der ersten Studie im Jahr 1996 verändert – was sich schon im Titel der neuen Studie bemerkbar macht: Es geht nicht mehr um ein zukunftsfähiges Deutschland als Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, sondern um ein zukunftsfähiges Deutschland in einer Welt, die bereits globalisiert ist und in der es wegen der globalen Vernetzungen zunehmend zu Konflikten kommen wird. Damit wird auch eine Änderung der globalen Systembedingungen unabdingbar, wie die Studie deutlich macht.

³ Siehe Stellungnahme des Rats für Nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2006: *Welche Ampeln stehen auf Rot? Stand der 21 Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie*; (http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Ampel_texte_Nr_22_April_2008_01.pdf)

Wilfried Steen vom Vorstand des Mit-Herausgebers EED berichtete, der Vorstand insgesamt sei von der Lektüre der Studie regelrecht „elektrisiert“ worden, insbesondere von dem Abschnitt über die Entschleunigung der Finanzmärkte. Das könne man schon daran sehen, dass der ansonsten nicht für Resolutionen bekannte Vorstand im Anschluss an die Diskussion der Studie eine Resolution verfasste. Steen plädierte für eine Öffnung der „Schmalspurbetrachtung“ der klassischen Entwicklungshilfe und der Sozialverantwortung der Kirchen. Während die Vision einer nachhaltigen Welt als Grundlage für die Entwicklungszusammenarbeit fehle, wüssten dank des Fernsehens so gut wie alle Afrikaner sehr genau Bescheid darüber, wie gut es uns geht. Damit entstehe die Notwendigkeit, die Entwicklungszusammenarbeit aus der „Nische der Gutmenschen“ herauszuführen und die „Dinge zusammen zu denken“. Das führt zum Beispiel zu einer genauen Überprüfung der Position des EED in Bezug auf Agro-Treibstoffe. So leidet Äthiopien gleichzeitig an Hunger und an Energiemangel. Da scheint es eine optimale Lösung, die Pflanze *Jatropha* als Energielieferant auf marginalen Böden anzubauen, auf denen ohnehin keine Nahrungsmittel wachsen. Allerdings hat die äthiopische Regierung inzwischen Konzessionen für insgesamt 23 Mio. ha an ausländische Firmen vergeben – zum Teil über Land, auf denen Menschen ohne Besitztitel lebten, die nun dem *Jatropha*-Anbau weichen müssen. Kirchliche Entwicklungshilfe darf nicht zum Erfüllungsgehilfen solcher Entwicklungen werden. Diese grundsätzliche Haltung findet auch Ausdruck in der eben erst veröffentlichten „entwicklungspolitischen Klimaplattform der Kirchen“⁴: Klima der Gerechtigkeit⁴.

Überblick über die Studie in acht Bildern

Dr. Wolfgang Sachs

Die Vorstellung der Studie übernahm im Anschluss Wolfgang Sachs, Projektleiter für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Im Vertrauen auf die Kraft sprachlicher Bilder lud er auf eine „Reise durch die Studie in acht Stationen bzw. Bildern“ ein, die durch acht Begriffe angedeutet wurden:

- 1) Das Anthropozän
- 2) Neue industrialisierte Länder
- 3) Gastrecht für alle
- 4) Dematerialisierung
- 5) Naturverträglichkeit
- 6) Selbstbegrenzung
- 7) Lebensdienliche Marktwirtschaft
- 8) Achtsam leben

1) Das Anthropozän

⁴ Die Plattform ist im Internet herunterzuladen unter: (<http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/kirchenplattform.pdf>) oder (http://www.ekvw.de/fileadmin/sites/ekvw/Dokumente/te_u_do_alt/Klimaplattform_Endfassung_22-10-08.pdf). Sie trägt den gleichen Titel wie der Kongress *McPlanet.com 2007*, den der EED zusammen mit Attac, BUND, Greenpeace, der Heinrich Böll Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie organisierte. Die Abschlusserklärung trug den Titel „*Reclaim the Climate! Für ein Klima der Gerechtigkeit*“ und ist erhältlich unter http://www.mcplanet.com/media/Reclaim_the_Climate.pdf

Sachs verwendete diesen Begriff des Nobelpreisträger Paul Cruzen, um damit jenes ziemlich neue Erdzeitalter zu bezeichnen, in dem nicht mehr der Mensch eine Variable der Naturgeschehens im Weltmaßstab ist, sondern die Natur eine Variable des Menschengeschehens. Als Beispiele erwähnte er, dass 60% aller Fließgewässer vom Menschen kontrolliert werden, dass ein Viertel des Gesamteintrags an CO₂ in die Atmosphäre vom Menschen stammt, ebenso etwa die Hälfte allen Stickstoffs.

2) Neue industrialisierte Länder

Seit der Publikation der ersten Studie 1996 hat sich die „Geographie der Wirtschaftsmächte“ deutlich geändert: China und Indien wachsen und werden immer wichtiger. Für die Welt – insbesondere die natürliche Umwelt – besteht das Problem darin, dass sich die Welt „in der Imagination des Westens“ auslebt – dass alle danach streben, eine auf industrieller Produktion beruhende materielle Wohlstandsgesellschaft zu erreichen. Gleichzeitig aber werden die Mittel für dieses Ziel immer knapper – wie der nahende (manche sagen: bereits erreichte) Höhepunkt der Erdölförderung zeigt, der unter dem Namen „Peak Oil“ bekannt geworden ist.

Diese Schere zwischen wachsendem Bedarf bei gleichzeitig schrumpfenden Vorräten bezeichnet Sachs in Anlehnung an die Geologie als „Bruchlinie“: So wie an geologischen Bruchlinien häufiger Erdbeben entstehen, werden sich aus der Bruchlinie zwischen wachsendem Bedarf durch Entwicklung „in der Imagination Europas“ bei schrumpfenden Ressourcen Konflikte ergeben. Aus diesem Dilemma ergibt sich, dass sich die Weltverhältnisse nicht entschärfen lassen ohne eine grundlegende Revision des Produktions- und Konsummodells: „Wir brauchen dringend einen ‚ressourcenleichten‘ Wohlstand“ (siehe dazu auch Station 4: „Dematerialisierung“)

3) Gastrecht für alle

Ohne Zweifel ist trotz des asiatischen Wachstums die Armut in vielen Teilen – besonders in Afrika – gestiegen. Jedenfalls nach den quantitativen Maßstäben der Weltbank und anderer Organisationen, die Armut als Einkommensarmut verstehen – und dabei außer Acht lassen, dass nicht alle Armen sich selbst als arm betrachten.

Selbst wenn man das Maß akzeptiert, bleibt die entscheidende Frage: Wer soll all die unübersehbare Armut überwinden? Die Reichen durch Hilfe? Oder die Armen durch Selbstüberwindung? Wenn die Frage so gestellt wird, stößt man darauf, dass die Möglichkeiten zur Selbstüberwindung begrenzt sind – dass Arme und Machtlose durch ihre Lage daran gehindert werden, diese Selbstüberwindung der Armut ins Werk zu setzen.

Die Frage so zu stellen, heißt die bisherige Sichtweise von „Entwicklung als Hilfe“ aufzugeben zugunsten einer Sichtweise von „Entwicklung als Recht“ – als Menschenrecht. So forderte Sachs: „Die Gestaltung der Welt sollte so sein, dass sie sich als gastfreundliche und unvollendete Welt für alle zeigen kann.“ Das erfordert die Gestaltung von Menschenrechten, die das ermöglichen. Und in der Tat ist es dies, was weltweit NGOs von den Mächtigen einfordern – und was auch in internationalen Organisationen an Bedeutung gewinnt.

Diese Sichtweise führt auch dazu, neben das Recht der Staaten auf Nicht-Einmischung unter Berufung auf Souveränität „extraterritoriale Staatenpflichten“ zu setzen und eine

„transnationale Verantwortung“ einzuführen, deren Minimalprinzip „Do No Harm“ ist. Das bedeutet für die Industrieländer: Ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, damit für die anderen überhaupt noch Platz für ihre Füße bleibt. Ohne mehr Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen und Lebenschancen können Konflikte nicht reduziert und eine nachhaltige – zukunftsfähige – Lebensform nicht erreicht werden.

4) Dematerialisierung

In der Studie wird oft Bildsprache benutzt. Sie vergleicht Wirtschaftsweisen mit Wasserfahrzeugen: Die ressourcenleichte Wirtschaft beschreibt sie als „Segelboot“, während die herkömmliche, ressourcenaufwendige Wirtschaft mit einem „Tanker“ verglichen wird.

Das Segelboot muss leicht und wendig sein, und kann deshalb nur begrenzte Ladung aufnehmen: es braucht eine „ressourcenleichte“ Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund erscheinen Autos auf der Straße als Fortbewegungsmittel für Mobilität vergleichbar einer Wirtschaft, in der man Butter mit der Kreissäge schneidet.

Der Tanker ergibt sich als „angemessene“ Wirtschaftsform daraus, dass hier hauptsächlich konzentrierte Bestände (konzentrierte Rohstoffvorkommen) genutzt werden. Das führt zu den konzentrierten und zentralisierten Ressourcen-Ansammlungen im Tanker und einer zentralisierten Form der Produktion – und zu der Notwendigkeit, diese Produkte anschließend wieder weiträumig zu verteilen.

Es ist eine zentrale Botschaft der Studie, dass angesichts der „Ressourcenschere“ (siehe „neue industrialisierte Länder“) wie auch der ungleichen Verteilung (siehe „Gastrecht für alle“) größere Ressourcen-Effizienz zwar unverzichtbar ist, aber nicht ausreicht. Darüber hinaus muss der Materialdurchsatz der Wirtschaft insgesamt sinken: Wir müssen einen „ressourcenleichten Wohlstand“ erfinden.

5) Naturverträglichkeit

Tun wir das nicht, werden die Vorräte – die „Bestände“ – soweit erschöpft, dass Wohlstand überhaupt kaum noch möglich ist. Wir müssen also zunehmend von der Nutzung von „Beständen“ zur Nutzung von „Flüssen“ (von Materialflüssen wie auch Energieflüssen) übergehen. Um das am Bild des Segelboots zu verdeutlichen: Wind gibt es (fast) überall. Er kann dezentral genutzt werden. Zwar ist die „Ausbeute“ an Energie kleiner, dafür aber kann man durch gegen-den-Wind-segeln der Natur „trickreich Kraft abluhsen“.

Im Gegensatz dazu erfordert die Füllung eines Tankers die „Plünderung“ von Beständen und Strukturen – und die Fortbewegung des Tankers selbst stellt einen massiven Eingriff in natürliche Zustände und Verläufe dar – ermöglicht allerdings eine weit größere Konzentration von Energie und anderen Ressourcen (siehe dazu auch den Punkt „Selbstbegrenzung“). So ist das „System Tanker“ gekennzeichnet durch wenige, gleichzeitig aber hoch konzentrierte Ansammlungen und Aktivitäten.

Das „System Segelboot“ hingegen ist gekennzeichnet durch die dezentrale Nutzung regenerativer Energien, die zwar weniger „dicht“ sind als herkömmliche Energien – es steht weniger Energie pro Fläche zur Verfügung – die dafür aber besser verteilt sind: Die Nutzung dieser Energieflüsse ist fast überall gleichzeitig möglich, wenn auch bei geringerer Ausbeute. Damit entfällt die Notwendigkeit, die gewonnene Energie wieder

weiträumig zu verteilen: Regionalisierung und Dezentralisierung sind bei dieser Nutzungsform „natürlich“.

6) Selbstbegrenzung

Das Segelboot wird nie die Leistung eines Tankers haben können. Also muss man sich dafür entscheiden sich mit dieser geringeren Leistung zufrieden zu geben.

Anders gesagt: Die Erwartungen an die Leistungen der Wirtschaft müssen herabgesetzt werden, wir brauchen eine freiwillige „intermediäre Leistungserwartung“. Das gilt für die Leistungserwartung an die Menschen selbst wie auch an das Wirtschaftssystem als Ganzes. Ohne diese freiwillige Begrenzung wird es nicht gelingen, innerhalb jener „Leitplanken“ von Menschenrechten und Naturverträglichkeit zu bleiben, denen allein es ermöglicht wird, längerfristig überhaupt weiter zu „wirtschaften“ (siehe dazu den nächsten Punkt: „Lebensdienliche Marktwirtschaft“.)

7) Lebensdienliche Marktwirtschaft

Nach Sachs war der „interessanteste Satz“ im „Stern-Report“ die Aussage, dass der Klimawandel „das größte Marktversagen der Weltgeschichte darstellt“: Der Markt hat eben nicht geregelt, was man ihm zu regeln zugetraut hat: die Verteilung von Ressourcen zum größtmöglichen Nutzen aller. Denn gerade der Markt hat dazu geführt, dass das (menschenzuträgliche) Klima bedroht ist – mit Folgekosten, die der Stern-Report als sehr viel höher beziffert, als die Kosten, die heute anfallen, um ihn einzudämmen. Kosten allerdings, die die Märkte, so wie sie strukturiert sind, nicht aufbringen werden – es sei denn, man zwingt sie dazu.

Insofern ist der Klimawandel das „Todesurteil über freie Märkte“ und erfordert eine Restauration des Primats der Politik über die Märkte – denn historisch war das Primat der Politik über die Märkte selbstverständlich.

Allerdings wandelt sich mit dem Klimawandel und der Problematik der Nachhaltigkeit / Zukunftsfähigkeit die Aufgabe der Politik. Konnte sie sich früher damit zufrieden geben, „faire Kampfbedingungen“ auf dem Markt herzustellen, so muss sie heute zudem dafür sorgen, dass sich der Markt „innerhalb eines Korridors bewegt, der durch die Leitplanken der Einhaltung der Menschenrechte und der Naturverträglichkeit“ begrenzt wird“.

Die Mittel des Staats und einige Anwendungsbeispiele:

„Zuckerbrot“: Das japanische Modell der „Toprunner“ als Beispiel: Die beste verfügbare Technologie wird ausgezeichnet und zum Standard erklärt.

„Peitsche“: Regulierung im klassischen Sinne. Etwa der „Cap“ (=Begrenzung) Teil bei „Cap and Trade“ zur Regulierung der CO₂-Emissionen.

„Predigt“: „Die beste Predigt ist das Vorbild“ – und die Nachfrage der öffentlichen Hand kann diese Funktion sehr gut erfüllen.

8) Achtsam leben – Das Persönliche ist Politisch

Es gibt einen unausweichlichen Widerspruch zwischen Materialreichtum und Zeitreichtum: jedes Gut, das man besitzt, erfordert Aufmerksamkeit und damit Zeit, um es zu „genießen“ – oder um es schlicht „in Schuss“ zu halten. Damit aber wird das, was uns Genuss bringen sollte, zu einer Verpflichtung, zu einer Last. Je weniger man „hat“, desto mehr Aufmerksamkeit kann man ihm schenken – und über diese Aufmerksamkeit ein „Mehr“ an Bedeutung / Genuss / ... herausholen. Das spricht für eine Kultur der Achtsamkeit, zu der sich jeder jederzeit selbst entschließen kann. Die Reduktion des „Materialdurchsatzes“ ergibt sich von selbst aus der Entscheidung zu mehr Achtsamkeit.

Drei Punkte hob die anschließende Diskussion besonders heraus:

- Ein Ergebnis der Studie ist eine Neubewertung des Privateigentums: In dem Maß, in dem die Eigentümer auf ihrem Recht auf unbeschränkte private Nutzung ohne Rücksicht auf die Vernetzung der Folgen bestehen – wenn die „Sozialbindung“ des Eigentums vernachlässigt wird – missachtet Privateigentum die grundsätzliche Vernetzung aller Dinge – und schädigt damit das „Netz des Lebens“
- Die Finanzwirtschaft kann als „klassischer“ Motor des rein quantitativen Wachstums betrachtet werden: ihr alleiniger Maßstab ist die Rendite, ausgedrückt in Geldeinheiten. Nichts anderes spielt irgend eine Rolle
- „Verantwortung“ heißt: sich so zu verhalten, dass die Freiheit anderer und deren Menschenrechte nicht beschränkt werden

Abschied von der Wachstumsfalle

Dr. Wolfgang Sachs

Von den zwei Schwerpunkten der Studie, die nach dem Programm anschließend im Detail erörtert werden sollten, fand nur einer Berücksichtigung – vermutlich, weil der Aspekt der Notwendigkeit von Gerechtigkeit auf der Tagung insgesamt bereits zur Genüge betont wurde (unter anderem in Michael Reders Abendvortrag über das von Misereror und der Münchner Rück Stiftung in Auftrag gegebene Projekt Klimawandel und Gerechtigkeit – ethische Herausforderungen). So beschränkte sich Wolfgang Sachs auf den „Abschied von der Wachstumsfalle“.

„Vorab“ erklärte er: „Niemand – auch wir nicht – weiß, was eine „Nach-Wachstums-Ökonomie“ sein könnte, wie sie aussehen könnte. Klar ist aber, dass sie nötig ist, um einen Kollaps zu vermeiden.“

Er erläuterte die Überlegungen der Studie anhand von vier Punkten

1) Geld und Zahlenillusion

Die Zahlenillusion bezieht sich auf die Furcht vor sinkenden Wachstumsraten – d.h. sinkenden prozentualen Zuwächsen. Tatsache ist, die tatsächlichen Zuwächse der Wirtschaftsleistung in Deutschland und Europa sind relativ konstant geblieben, obwohl die Wachstumsraten abgenommen haben. Ein einfaches Beispiel, um zu verdeutlichen was gemeint ist: Bei einem Gesamtvolumen von 200 EUR bedeuten 20

EUR 10 Prozent Wachstum. Bei einem Gesamtvolumen von 2000 EUR nur noch ein Prozent – obwohl absolut gesehen der Zuwachs der gleiche ist.

Die Kernfrage lautet: „Wie baut man eine Wirtschaft, die ohne Wachstum gut funktioniert?“ Diese Frage muss eine Antwort finden schon deshalb, weil es so viele gibt, die fest glauben, Wirtschaft könne nur auf der Grundlage von Wachstum funktionieren.

2) Geld und Natur

Das führt zurück auf die Frage nach dem Verhältnis von Stoffdurchsatz und Wachstum: Solange die Effizienz der Ressourcennutzung nicht steigt, muss der Durchsatz (und damit Verbrauch) natürlicher Ressourcen steigen, wenn die Wirtschaft wächst. Europa bietet in dieser Hinsicht ein positives Beispiel für eine gesteigerte Ressourceneffizienz: der gesamte Stoffdurchsatz ist trotz wirtschaftlichen Wachstums in den letzten Jahren relativ gleich geblieben, d.h. ein höherer „Output“ an Gütern und Dienstleistungen ist erzielt worden trotz gleich bleibendem Einsatz von „Inputs“.

Die Frage ist: „Wo liegt die Latte“? D.h. was kann als akzeptabler Grenzwert für eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen gelten – damit für die kommenden Generationen noch genügend übrig bleibt? Denn nicht nur bei Öl sind die noch vorhandenen Vorräte berechenbar begrenzt.

Wie also kann der Stoffverbrauch insgesamt gesenkt werden statt lediglich zu fordern, dass (wirtschaftliches) Wachstum und Stoffverbrauch vollständig „entkoppelt“ werden müssten – was letztlich eine „tollkühne“ Hypothese ist, die dem Vorsorgeprinzip völlig widerspricht, denn sie hofft darauf, dass in der Zukunft heute noch völlig unbekannt Technologien auftauchen bzw. erfunden werden, die das Problem lösen.

Zwei bekannte Schwierigkeiten treten bei der Umsetzung der Effizienzstrategie auf: Die direkten und indirekten „Rebound“-Effekte im Gefolge neu ermöglichter Einsparungen:

- „direkter Rebound“: Effizienzsteigerung führt zu höherem Verbrauch. Beispiel Auto: Wegen des geringeren Benzinverbrauchs wird das Auto häufiger benutzt – und im Endeffekt mehr Benzin verbraucht.
- „indirekter Rebound“: Die Einsparungen im einen Bereich werden woanders so eingesetzt, dass insgesamt mehr Ressourcen verbraucht werden. Beispiel in der Studie (S. 105): eingesparte Heizkosten werden für einen Wochenendtrip mit Billigflieger nach Mallorca genutzt.

3) Geld und Glück

Wolfgang Sachs verwies auf Untersuchungen der „New Economics Foundation“, die zeigen, dass keineswegs Geld und Glück gleichzusetzen sind: im „Happy Planet Index“⁵ wird sichtbar, dass die Zufriedenheit mit dem Leben keineswegs mit dem Einkommen korreliert: sowohl unter den reichen als auch unter den armen Ländern gibt es solche,

⁵ **New Economics Foundation:** *The (Un-)Happy Planet Index. An index of human well-being and environmental impact*; London (New Economics Foundation); Online at: <http://www.neweconomics.org/gen/uploads/dl44k145g5scuy453044gqbu11072006194758.pdf>

die in der Glücksskala weit oben oder weit unten stehen. Es gibt unglückliche Arme und unglückliche Reiche, so wie es glückliche Arme und glückliche Reiche gibt⁶.

Die zunehmend weiter klaffende Schere zwischen dem gestiegenen Bruttosozialprodukt und dem nicht oder jedenfalls kaum gestiegenen „gefühlten Glück“⁷ ist ein weiterer Hinweis auf die Notwendigkeit der Abkehr vom Wachstumsmythos: Wenn das Wachstum erstens absolut ohnehin groß genug ist, zweitens dieses Wachstum – solange es Ressourcenverbrauch bedeutet – auch Umweltschäden verursacht, und drittens nicht einmal zu mehr Zufriedenheit führt: Weshalb sollten wir dann das Wachstum weiterhin als Zielvorstellung vor allem anderen privilegieren – so wie das heute noch weithin geschieht? Zumal verschiedene Untersuchungen gezeigt haben, dass für Zufriedenheit – oder „gefühltes Glück“ – für viele Menschen soziale Beziehungen und gute Arbeit wichtiger sind als Geld.

4) Ausblick - Schluss

So wie die Dinge stehen, erfordert das Vorsorgeprinzip den Abschied vom Vertrauen in den technischen Fortschritt und das wirtschaftliche Wachstum. Weil wir uns nicht darauf verlassen können, dass auf diese Weise bereits bekannte und erkennbare Probleme gelöst werden können.

„Mit wem wollen Sie reden?“ – Diskussion mit dem Projektleiter und den Herausgebern

Generalantwort: „Mit der breiten Öffentlichkeit“ – Die Studie muss so umfangreich diskutiert werden wie die erste. Oder noch mehr.

Zahrnt: „Ich bekomme manchmal selbst Angst, wenn ich sehe, was wir uns da vorgenommen haben. Ich ermutige mich mit der Erinnerung an die Resonanz auf die erste Studie“ – und wenn ich mich daran erinnere, dass anfangs sowohl die ökologische Steuerreform als auch der Emissionshandel Themen rein auf Professorebene waren – und jetzt in aller Munde sind.

Wir denken, dass die Studie auch motivieren kann: Sie kann auf der einen Seite die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand angesichts dessen, was nötig wäre, anstacheln. Sie enthält andererseits auch „Zeitfenster“ und bestehende positive Beispiele, die Vorbildfunktion bekommen können.

Sachs: „Wir müssen den Klimawandel als systematische Völkerrechtsverletzung begreifen: Er geht zu Lasten von Benachteiligten (Armen, Alten, Kindern, Frauen, und das besonders in den noch nicht oder jedenfalls nicht ganz industrialisierten Ländern“

⁶ Allerdings kommt eine Untersuchung des Pew Institute zu dem Ergebnis, das jedenfalls innerhalb der USA die Korrelation zwischen Reichtum und Zufriedenheit doch ziemlich eng ist. Siehe **Pew Research Centre (2006):** *Are We Happy Yet. A Social Trends Report*; Online at: <http://pewresearch.org/assets/social/pdf/AreWeHappyYet.pdf>

⁷ Die von Sachs erwähnte „World Database of Happiness“ findet sich unter: http://worlddatabaseofhappiness.eur.nl/statnat/statnat_fp.htm

Eine Industriegesellschaft im Klimawandel – Die Kirchen und ihr Beitrag zu einem zukunftsfähigen Deutschland

Präses Alfred Buß

Nach der Mittagspause begann Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, seinen Vortrag über den Beitrag, den die Kirchen zu einem zukunftsfähigen Deutschland leisten könnten mit einer drastischen Verdeutlichung globaler Ungleichheit: einer Weltkarte des Planeten bei Nacht, zusammengesetzt aus Satellitenaufnahmen: Europa und die USA strahlen hellweiß, während fast der gesamte Kontinent Afrika dunkel bleibt⁸. Dieses Bild begründet besser als viele Worte das Engagement der Kirchen dafür, ähnlich wie Wolfgang Sachs den Klimawandel als Mangel an Gerechtigkeit zu begreifen und der Öffentlichkeit als solchen verständlich zu machen.

Diese Haltung steht auch hinter dem Engagement der evangelischen Kirchen für die klima-allianz, einem breiten Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen⁹, der mit der Forderung nach einem Moratorium für Kohlekraftwerke eine klare Position in der Energiedebatte bezieht. Der publikumswirksame „Klimaaktionstag am 8.12.2007 verlieh dieser Forderung öffentlichen Nachdruck.

Angesichts der 300 000 Toten, die dem Klimawandel heute schon pro Jahr zugeschrieben werden können, könnte man den Mut verlieren. So fragte Alfred Buß: Was eigentlich gibt uns Hoffnung? Nach Augustinus hat die christliche Hoffnung zwei „liebliche Töchter“: den Zorn und den Mut. „Den Zorn, damit das Nichtige nicht bleibe - und den Mut, damit das, was sein soll, auch sein wird.“ Von beidem etwas mit nach Hause zu nehmen wünschte Alfred Buß den Teilnehmern: damit sie die Kraft haben, zu der „Metanoia“, der Umkehr beizutragen, die nötig ist. An dieser Stelle zeigte sich einmal mehr die Übereinstimmung der Positionen der Studie mit theologischen Positionen der Kirchen. Nicht nur betont die Studie die Notwendigkeit einer radikalen Transformation, sie bringt sie auch in Verbindung mit der „Kultur der Aufmerksamkeit“ und der Forderung nach einer Abkehr von der Überlastung durch Leistungsanforderungen und Erwartungen.

In Alfred Buß' Formulierung bedeutet das, dass wir „zur Besinnung kommen“ müssen, um zu einer „Umkehr“ unserer Haltung zu Gott, zur Welt, und zu den anderen Menschen zu kommen. Dazu müssen wir uns Zeit nehmen. In diesem Zusammenhang gewinnt das christliche Festhalten am Sonntag, dem Tag „an dem Gott ruhte“ – der im übrigen gerade in der Finanzkrise die wahnsinnigen Turbulenzen unterbrach und ein Zeitfenster schuf für Verhandlungen über Krisenpakete – eine spezifische Bedeutung: „Die Botschaft des Glaubens ist: Holt nicht das Letzte aus den Menschen und der Natur heraus.“

Man könnte argumentieren, dass die Vorstellung von „Nachhaltigkeit“, die die Bibel in der zweiten Schöpfungsgeschichte formuliert, diese Forderung beinhaltet: „Gott setzte den Menschen in den Garten, damit er ihn bebaue und bewahre“. Denn wie soll das

⁸ Nachtkarten dieser Art finden sich unter <http://geology.com/articles/satellite-photo-earth-at-night.shtml>

⁹ Siehe <http://www.die-klima-allianz.de/>. Die *klima-allianz* versteht sich als Teil der *global climate campaign*: <http://globalclimatecampaign.org/>

Bewahren funktionieren, wenn nicht durch eine Rücksicht, die nicht darauf besteht, den letzten Funken Ertrag aus der Natur um dem Menschen herauszuholen?

Insofern die Kirche also über den Gesichtspunkt der „Bewahrung der Schöpfung“ eine präzise Vorstellung von Nachhaltigkeit hat, hat sie auch die Verpflichtung, „darauf zu achten, dass da, wo Nachhaltigkeit drauf steht, auch Nachhaltigkeit drin ist“.

Die wesentlichen Gesichtspunkte dieser christlichen Vorstellung von Nachhaltigkeit formulierte Präses Buß abschließend so:

- Die ökonomische Verwertbarkeit von Mensch und Natur darf nicht die alleinige Betrachtungsweise sein.
- „Gerechtigkeit“ muss in allen Zusammenhängen die oberste Priorität haben
- Diese Vorstellungen müssen sich in konkretem Handeln ausdrücken. Als ein Beispiel dafür nannte Buß die öffentliche kirchliche Unterstützung für die Forderung nach einem Moratorium für Kohlekraftwerke und das Arbeitspapier „Klima der Gerechtigkeit“¹⁰

Bestandsaufnahme und Perspektiven kirchlicher Arbeit für Nachhaltigkeit

Um den konkreten Beitrag der Kirche ging es auch in den nachfolgenden Arbeitsgruppen und der abschließenden Diskussion. Die Themen der Arbeitsgruppen lauteten:

- Zukunftsfähige Bioenergien? – Klimaschutz und die Chance auf Entwicklung
- Kommunikation von Zukunftsfragen in den Medien
- Kirche macht Markt?! Ökologie und Beschaffung

In allen drei Arbeitsgruppen sahen die Teilnehmer Möglichkeiten, den Beitrag der Kirchen zur Nachhaltigkeit im Sinne von Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu steigern.

Die Arbeitsgruppe „Agro-Energien“ – wie Arbeitsgruppenleiter Peter Ohligschläger die „Bio-Energien“ lieber bezeichnete – beschäftigte sich mit dem Anbau der vernachlässigten Pflanze Jatropha in ländlichen Gebieten Afrikas als Beitrag zu dezentraler Energieversorgung. Angesichts wachsenden industriellen Interesses am plantagenmäßigen Anbau verlangt die Berücksichtigung des „Gastrechts für alle“ die schnelle Regulierung und Zertifizierung, um zu garantieren, dass Jatropha nicht zu Lasten von Nahrungsmitteln angebaut wird. Die Kirchen dürften sich nicht darauf beschränken, in eigenen Projekten sozial- und ökologisch verträgliche Anbauformen zu fördern, sondern müssten in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für das Problem der Konkurrenz zu Nahrungsmitteln schärfen – damit in der Zukunft die Partnerschaft zwischen mit Solarstrom versorgten Dorf im Norden Tansanias mit einer stromsparenden Gemeinde im Ruhrgebiet vorstellbar sei.

¹⁰ <http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/kirchenplattform.pdf>

Die Arbeitsgruppe „Medien“ beschäftigte sich mit Strategien, die Kirche und ihre Positionen stärker in der Hauptsendezeit vertreten zu sehen, während Johanna Holzhauer vom WDR den Rat gab, doch die vorhandenen kircheneigenen Sendezeiten und die Vertretung in den Rundfunkgremien besser zu nutzen, um das Anliegen eines zukunftsfähigen Deutschland stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Einigkeit bestand in der Ansicht, dass die Kirchen für eine öffentlichkeitswirksame Aufbereitung der Kernthesen besser geeignet seien als die Politiker: Sie könnten auch unpopuläre Meinungen vertreten, ohne Angst vor den nächsten Wahlen. Schwer vorstellbar, dass ein Politiker den Mut aufbringt, von dem für eine nachhaltige Lebensweise notwendigen Verzicht zu reden: Wer würde einen solchen Politiker wählen? Nach einer Vision für die Zukunft gefragt, wünschte sich die Journalistin die Erhaltung der Qualitätsmedien, die es sowohl mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen als auch in den Print-Medien in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern noch gibt.

Die Arbeitsgruppe Beschaffungswesen sah in der Zukunft optimistisch eine Kirche, in es selbstverständlich geworden ist, dass das gesamte Beschaffungswesen nur noch ökologisch und sozial verträgliche Produkte – zum Beispiel aus dem Fairen Handel – bezieht. In die richtige Richtung weisen die Projekte für kirchliches Umweltmanagement („Grüner Hahn“). Überschüsse sollten, so ein weiterer konkreter Vorschlag, mindestens zur Hälfte über „oikocredit“ in arme Länder statt in Deutschland investiert werden.

Klimawandel und Gerechtigkeit – ethische Herausforderungen

Dr. Michael Reder

Dr. Michael Reder von der Hochschule für Philosophie in München wählte für den Einstieg in seinen Abendvortrag über die ethischen Herausforderungen bei dem Versuch, den Anspruch an Gerechtigkeit bei der Lösung des Klimaproblems einzulösen, ebenso beeindruckende Kartendarstellungen wie Alfred Buß am Nachmittag: Die projizierten Weltkarten zeigten den CO₂-Ausstoß pro Kopf in den Ländern der Welt¹¹ – und anschließend das Pro-Kopf-Einkommen in diesen Ländern. Damit konnte sich niemand der Einsicht verschließen, dass in der Tat die reichen Länder die Verantwortung für den Klimawandel tragen – während die Einwohner der armen Länder, wie wir inzwischen wissen, überwiegend unter den Folgen zu leiden haben: vermehrte Dürren, heftigere Niederschläge, vermehrte Erosion von Ackerland und mehr.

Das Projekt „Klimawandel und Gerechtigkeit“, aus dessen Arbeit Michael Reder berichtete, stellt deshalb ins Zentrum seiner Betrachtungen über Armut den Begriff der „Vulnerabilität“ (Verwundbarkeit). Nach einer weithin anerkannten Definition gelten als „vulnerabel“ Menschen die „biophysikalischen Risiken ausgesetzt sind, deren Bewältigungsstrategien eingeschränkt sind, und die am stärksten unter einer Krise leiden.“ Menschen also, die mit einem höheren Risiko leben müssen, von negativen

¹¹ Liste mit der Entwicklung des Pro-Kopf-Ausstoßes von 1990 bis 2004:
http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_carbon_dioxide_emissions_per_capita

Folgen des Klimawandels getroffen zu werden, während sie gleichzeitig über keine oder nur sehr wenig Mittel verfügen, diesen Folgen auszuweichen oder sie auszugleichen – also in der überwiegenden Zahl der Länder des Südens, die auf den Weltkarten zu sehen waren.

Unter dem Aspekt der Gerechtigkeit gilt es nun, die Ansprüche dieser „vulnerablen“ Menschen – die zudem am wenigsten zur Entstehung der Gefahren beigetragen haben, denen sie sich jetzt gegenüber sehen – abzuwägen gegen die Ansprüche der Menschen der Länder des Nordens auf die Beibehaltung ihres Lebensstandards. Bei der Betrachtung von Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und der Folgeschäden geht es also um den Umgang mit „konkurrierenden Ansprüchen“. Nach Eders Ansicht kann dabei nicht – wie in der klassischen Wirtschaftstheorie üblich – das „Eigeninteresse“ als alleinige Orientierung dienen, im Vertrauen darauf, dass die Steuerungsmechanismen der Märkte zu einer optimalen Lösung für das Allgemeinwohl führen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Behauptung falsch ist, es gäbe keinen Widerspruch zwischen Markt und Moral. Deshalb sind im Gegenteil ethische Leitlinien nötig, die es ermöglichen, im Konfliktfall eine Verteilung zu finden, die nicht nur abstrakt als gerecht angesehen werden kann, sondern auch von den Beteiligten so empfunden wird. Die Anerkennung der Notwendigkeit ethischer Leitlinien führte im Projekt „Klimawandel und Gerechtigkeit“¹² zu

Fünf Thesen:

- 1) Klimawandel verlangt nach einer globalen und zeitlichen Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs: auf den ganzen Globus und auf die nachfolgenden Generationen.
- 2) Bedarfsgerechtigkeit im Hinblick auf direktes Überleben muss immer oberste Priorität eingeräumt werden. Reder wendete sich damit auch gegen Björn Lomborgs „Copenhagen Consensus“, der dafür plädiert, alles Geld in Armutsbekämpfung zu stecken, so dass die heute Armen nicht mehr arm sind, wenn die Klimafolgen eintreten – und sie deshalb selbst dafür aufkommen können. Nach Reder unterschätzt dieser Vorschlag die Schwere der Folgen: Maßnahmen gegen den Klimawandel heute sind nötig, Armutsbekämpfung alleine reicht nicht aus.
- 3) Anpassung braucht Chancengerechtigkeit besonders für die Armen - was die Notwendigkeit sozialer Sicherungssysteme begründet.
- 4) Der Aufbau gerechter Klimaregime muss vorangetrieben werden – das bezieht sich auf die Verfahren und auf die globalen Institutionen. Wichtig ist, dass Beteiligung beim Aufbau und der Operation der Institutionen eine große Rolle spielt.
- 5) Gerechtigkeit bedeutet Vielfalt: Kulturell-religiöse Traditionen müssen anerkannt werden: Diese Traditionen müssen beim Verfahren mitreden können - neben der Lösungsgerechtigkeit muss auch die Verfahrensgerechtigkeit berücksichtigt werden.

Der Schwerpunkt des Projekts „Klima und Gerechtigkeit“ liegt auf dem Aspekt der globalen Kooperation, besonders mit Blick auf die Verteilung der Emissionsrechte. Dafür gibt es bisher drei Vorschläge:

- 1) Vergabe der Emissionsrechte proportional dem Bruttoinlandsprodukt – ein Vorschlag des Energiekonzern Vattenfall, der die bisherigen Verhältnisse festschreiben würde.

¹² <http://www.klima-und-gerechtigkeit.de/>

- 2) Verteilung der Emissionsrechte umgekehrt proportional dem Gesamtausstoß seit Beginn der Industrialisierung. Dieser Vorschlag Brasiliens zielt darauf ab, auch vergangene Ungleichheiten im Ausstoß zu berücksichtigen und damit in gewissem Sinn „Reparationszahlungen“ einzubauen.
- 3) „contraction and convergence“ („Verminderung und Angleichung“): Dies ist der derzeit von der Mehrheit favorisierte Vorschlag, der vorsieht, bis zum Jahr 2040/2050 stufenweise gleiche Emissionsrechte für jeden Menschen zu erreichen.

Nach einem Bericht über die vielfältigen Probleme, die im Hinblick auf Klimagerechtigkeit der plantagenmäßige Anbau von Ölpalmen zur Energiegewinnung in Indonesien aufwirft, nahm Wolfgang Sachs die Gelegenheit zur Diskussion wahr, um darauf hinzuweisen, dass der Ansatz des „contraction and convergence“ derzeit auf Ausgleichszahlungen zwischen Staaten beschränkt ist, also gerade Zahlungen an die „vulnerablen“ Einzelmenschen nicht garantieren kann. Außerdem beschränke sich der Ansatz auf die Verteilungsgerechtigkeit einer auslaufenden Technologie: Es sei absehbar, dass Energiegewinnung aus der Kohlenstoffverbrennung über kurz oder lang abgelöst werde. Was also fehle, sei die Berücksichtigung von Chancengerechtigkeit für den Aufbau neuer und nachhaltiger Technologien.

„Testfall Zukunftsfähigkeit“ Klimaschutz im Energieland Nordrhein-Westfalen

Staatssekretär Dr. Jens Baganz

Der abschließende Sonntagvormittag war ganz der Diskussion über den Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen gewidmet: Nach der Vorstellung des Klimaschutzkonzepts der Landesregierung durch Staatssekretär Dr. Jens Baganz

Um die Bedeutung des Bundeslands Nordrhein-Westfalen für die Diskussion der Maßnahmen zum Klimawandel in Deutschland deutlich zu machen, wies Klaus Breyer in seiner Einführung zum Vortrag von Dr. Jens Baganz nicht nur auf die Unterschiede im Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ zwischen verschiedenen Ländern hin (es mag an dieser Stelle genügen, den CO₂ Ausstoß einer Nigerianers – 0,37 t – mit dem eines US-Amerikaners zu kontrastieren: 19,7 t), sondern wies auch darauf hin, dass die Wirtschaftsleistung Nordrhein-Westfalens höher sei als die von Holland – und dass hier etwa ein Drittel des gesamten bundesdeutschen Stroms erzeugt werden. Deshalb kommt auch dem Klimaschutzkonzept der Landesregierung NRW eine besondere Bedeutung zu.

Dr. Jens Baganz betonte einleitend, dass die Landesregierung trotz begründeter Argumente gegen die Mehrheitsmeinung des IPCC sich „nicht für klüger halte“ als den Weltklimarat und deshalb dessen Schlussfolgerungen zur Grundlage ihrer Entscheidungen gemacht habe.

Die Landesregierung habe ihrem ein konkretes quantifiziertes Ziel zugrunde gelegt: Sie wolle den derzeitigen Ausstoß von 290 Mio. t CO₂ pro Jahr bis um 81 Mio. t senken. Eine weitergehende Reduktion möge zwar wünschenswert sein, sei aber nicht realistisch. Der Gesamtbetrag einer Reduktion um 81 Mio. t. ergebe sich aus drei Einzelbeiträgen:

- a) Die Meseberger Beschlüsse d. Bundesregierung¹³ werden ca. 36 Mio. t beitragen
- b) Landesspezifische Maßnahmen sparen weitere 15 Mio. t ein
- c) Die Erneuerung des Kraftwerkparcs (neue Kohlekraftwerke) wird durch die schnelle Erneuerung der alten Kraftwerke mit 30 Mio. t die größte Einsparung ermöglichen

Einsparpotentiale sieht die Landesregierung im Einzelnen beim Gewerbe, durch den Einsatz von Wärmepumpen, durch verbesserte Nachtspeicheröfen, durch eine Energieagentur, und durch KWK (Kraft-Wärme-Kopplung)

Der Zusammenhang des Maßnahmenpakets mit dem Emissionshandel muss gesehen werden - besonders wenn die von der EU-Kommission vorgesehene Vollversteigerung kommt. Die Landesregierung geht davon aus, dass Kohlekraft unverzichtbar bleibt, um eine zu starke Abhängigkeit von Norwegen und vor allem Russland zu vermeiden: „Nach Meinung der Landesregierung wird es nicht möglich sein, den Stromverbrauch so weit zu senken, dass diese Abhängigkeit vermieden werden könnte, wenn wir auf Kohle verzichten und versuchen, den gesamten Bedarf aus erneuerbaren Energien abzudecken“. Der absehbare Bedarf an Energie wird nicht allein durch regenerierbare Energie zu decken sein – und wenn die Vollversteigerung von Emissionszertifikaten die Kohlekraft zu sehr verteuert, dann werden die Energieerzeuger auf Gas umsteigen. Wobei offen ist, ob die Märkte diesen Bedarf werden decken können. Besonders zu bedenken ist, dass bei Abhängigkeit von Energieimporten kein Einfluss genommen werden kann auf den im Erzeugerland gefahrenen Energiemix.

Abschließend betonte Dr. Baganz dass er – und das Ministerium – an einem Punkt ganz sicher mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ übereinstimmen: Ohne eine Änderung der Lebensstile sei eine zukunftsfähige Gesellschaft nicht möglich: es gebe keinen Zweifel daran, dass jedenfalls in Deutschland die Verbräuche von Material und Energie nicht nur prozentual, sondern absolut gesenkt werden müssten.

Energie- und Klimapolitik in einem zukunftsfähigen Nordrhein-Westfalen

An der abschließenden Podiumsdiskussion über Aussichten und Notwendigkeiten einer nachhaltigkeitsfördernden Politik nahmen neben Jens Baganz teil: Udo Wichert (Geschäftsführer, Evonik Fernwärme GmbH), Dirk Jansen (BUND), Josef Tumbrinck (NABU), Klaus Müller (Vorstand, Verbraucherzentrale NRW), und Klaus Breyer (Umweltbeauftragter der EkvW)

Als Antwort auf Dr. Baganz Präsentation erhielten zunächst mit Josef Tumbrinck vom Naturschutzbund und Udo Wichert von der Evonik Fernwärme GmbH Vertreter der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft Gelegenheit zu einer ausführlicheren Reaktion.

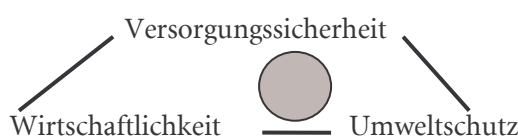
¹³ Nähere Informationen siehe <http://www.bundesumweltministerium.de/klimaschutz/downloads/doc/40259.php>

Josef Tumbrinck stellte die Position der klima-allianz vor, die ein Moratorium für Stein- und Braunkohle-Kraftwerke, einen Wandel der Lebensstile und eine Bewahrung vor dem Kollaps fordert¹⁴. Mit Blick auf die Diskussion um eine klimaverträglichere Energieerzeugung ging Tumbrinck auf folgende Punkt näher ein:

- Derzeit ist die Braunkohle für ca. 100 Mio. t CO₂-Emissionen verantwortlich
- Die klima-allianz begrüßt das ambitionierte Reduktionsziel von 33% - findet aber, dass es hinter den Notwendigkeiten zurückbleibt.
- Wichtigster Punkt dabei ist, dass nach Ansicht der klima-allianz der Schwerpunkt auf Kohle (die z.Zt. ca 75% ausmacht) nicht angetastet wird.
- Nach Ansicht der klima-allianz würde das derzeitige Bauprogramm nicht zu Einsparungen führen, sondern zu einem Anstieg um 43 Mio t, weil die Annahme des Abschaltens der alten Kraftwerke unrealistisch ist. An diesem Punkt erhob Jens Baganz Einspruch: die Genehmigung für Kraftwerks-Neubauten ist zwingend an die Verpflichtung zum Abschalten alter Anlagengekoppelt.
- Tumbrinck wies auf Szenarien – wie etwa von EuTech¹⁵ - hin, die (anders als die Einschätzung der Landesregierung) eine völlige Energiewende möglich erscheinen lassen – d.h. einen totalen Umstieg auf erneuerbare Energien, unter Verzicht sowohl auf Atomstrom wie auf Kohle.
- Das Ziel für NRW sollte eine Senkung der Emissionen auf 2t / Kopf sein (von heute 16 t / Kopf)

Udo Wichert (Geschäftsführer der Evonik Fernwärme GmbH)

- Wichert begann mit dem Hinweis darauf, dass nach vorliegenden Untersuchungen ein weiterer Anstieg der CO₂-Emissionen um etwa 30% sehr wahrscheinlich sei
- Nach seiner Ansicht müsse bei jeder Form der Lösung zwingend das „Energiewirtschaftliche Dreieck berücksichtigt werden:



- Nur in der Mitte zwischen diesen dreien ist eine sichere, ökonomische und ökologische Stromversorgung möglich
- Wichert wies darauf hin, dass – nach einer Studie der Deutschen Energie Agentur - durch die Ersetzung der alten, wenig effizienten Anlagen durch moderne sofort 3 Mrd t CO₂ eingespart werden könnten¹⁶.
- Auch nach seiner Ansicht sind Kohlekraftwerke unverzichtbar. Deshalb erscheinen die derzeitigen Diskussionen um die neue EU-Regelung der zwingenden Auktionierung von Emissionsrechten unter dem im Januar 2008 vorgestellten NAP II (NAP II = Nationaler Allokationsplan 2008-

¹⁴ Die Forderungen der *klima-allianz*: <http://www.die-klima-allianz.de/forderungen>

¹⁵ Weitere Informationen: <http://gruenes-klima.de/klimastudien/greenpeace-studien-energierevolution-moeglich>. Eine Kritik der Umweltverbände findet sich unter: http://www.wwf.de/presse/details/news/klima_beschluesse_von_meseberg_nicht_zur_luftnummer_machen/

¹⁶ Gemeint war vermutlich die *dena Netzstudie*, die erhältlich ist unter: <http://www.dena.de/de/themen/thema-kraftwerke/publikationen/publikation/netzstudie/>

2012)¹⁷ klimaschädlich: Denn sie führten wegen der Unsicherheit und Verteuerung für die Energieerzeuger zur Rückstellung des Neubaus von Kohlekraftwerken. Hinzu komme, dass NAP II aller Voraussicht nach nicht so zügig EU-weit umgesetzt werden könne wie vorgesehen, da insbesondere Polen (das zu 80% von Kohlestrom abhängt) und Italien schwerwiegende Einwände gemacht hätten.

- Als Beispiel könne auch die Evonik selbst dienen: Der geplante Neubau von Herne V sei bereits gestrichen, während das geplanten Kraftwerke in Ayak (Türkei) gebaut werde.

Aus diesen wenigen Bemerkung wird die Komplexität der Problemlage und die Unterschiedlichkeit der Standpunkte deutlich, die auch in der folgenden Diskussion zum Ausdruck kam. So betonte Josef Tumbrinck, dass das von der Landesregierung vorgesehene Reduktionsziel mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke schlicht nicht erreichbar sei. Jens Baganz verwehrt sich dagegen mit der Bemerkung, dass „alle Schwarz-Weiss-Malerei fehl am Platze“ sei: „Wir haben ein äußerst sensibles System vor uns, mit Industrien, die auf gepackten Koffern sitzen – und wenn wir eine Stellschraube etwas überdrehen, werden sie samt ihren Koffern gehen“. Dirk Jansen (BUND) hingegen vertrat den Standpunkt, dass es „zuviel Klimaschutz“ gar nicht geben könne. Zur Begründung verwies er auf die Berechnungen des britischen „Stern Review“, die zeigten, dass jetzt unterlassene Maßnahmen in der Zukunft ein Mehrfaches für die Schadensbeseitigung kosten würden.

Udo Wichert wies auf das auch von der Studie geforderte „Primat der Politik“ hin und erklärte: „Das ist von unserer Seite akzeptiert – die Vorgaben müssen aber verlässlich sein.“ Werden – wie kürzlich geschehen – Regelungen kurzfristig geändert, so kann das – wie STEAG (die das „Geschäftsfeld Energie“ im Evonik-Konzern vertritt) erleben musste, zu erheblichen Fehlinvestitionen führen. In diesem Fall wurden Anlagen gebaut, die später den geänderten gesetzlichen Bedingungen nicht mehr gerecht wurden. Er wies noch einmal auf die Probleme hin, die der Emissionshandel für Länder mit „echten“ Industrien (Herstellung von Industriegütern) wie Deutschland und Italien mit sich bringe: Die vorgesehene Auktionierung aller Emissionszertifikate belaste diese Industrien (vor allem die Stahlindustrie) in besonderem Maße, da sie technisch nicht kurzfristig in der Lage seien, ihre Emissionen zu reduzieren.

Jens Müller von der Verbraucherzentrale NRW betonte in seinem Beitrag, dass der Klimawandel für viele Menschen bereits deutlich spürbar sei. Das gilt besonders für die norddeutschen Küsten und die Landwirten, für die schon jetzt zusätzliche Anpassungskosten entstehen. Deshalb sei schnelles Handeln unumgänglich.

Als erster der Diskussionsteilnehmer wies er darauf hin, dass die Betroffenheit von den Folgen nicht gleich verteilt ist: Arme sind durchgängig stärker betroffen als Reiche. Als Beispiel nannte Müller die steigenden Energiepreise, die Geringverdienende ungleich härter trafen als Menschen mit einem guten Einkommen: während Geringverdiener bis zu 20% ihres Einkommens für Energie ausgeben, liege der Anteil bei Besserverdienenden lediglich bei 2 Prozent. Deshalb müssten im Sinne dem für die Tagung zentralen Aspekt der Gerechtigkeit Ausgleichsregelungen geschaffen werden.

Als weitere Forderungen nannte Müller mehr Transparenz durch Kennzeichnung der Produkt, mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt – der unter anderem durch eine

¹⁷ Weitere Informationen unter:

<http://www.bmu.de/emissionshandel/downloads/doc/36957.php>

Ausweitung dezentraler Energieversorgung erreicht werden könne – und schließlich eine „mutigere“ Politik, die sich nicht scheue klare Vorgaben zu machen. Er betonte, dass diese klare Forderung nach klaren staatlichen Vorgaben geprägt sei durch „basisdemokratische Leiderfahrungen“:

- Der Klimawandel ist schon jetzt ganz real (besonders spürbar an den norddeutschen Küsten und in den Anpassungskosten der Landwirte. Deshalb ist schnelles Handeln unumgänglich
- Es gibt eine unterschiedliche Betroffenheit – mit den Reichen durchgängig bevorzugt. Beispiel steigende Energiepreise: während Reiche nur 2% ihres Einkommens für Energie aufwenden, geben Arme bis zu 20% ihres Einkommens für Energie aus – und werden damit von Preissteigerungen ungleich härter getroffen.
- Forderung nach Transparenz ist unbedingt nötig (Kennzeichnung der Produkte!)
- Forderung nach mehr Konkurrenz / mehr Wettbewerb auch dem Energiemarkt
- Frage nach dezentraler Energieversorgung
- Politik muss mutige Vorgaben machen („ich sage das gerade vor dem Hintergrund von Leiderfahrungen mit Basisdemokratischen Ansätzen“ – „Ich glaube nicht mehr an runde Tische

Udo Wichert betonte die Anerkennung einer ethischen Verantwortung auch durch Evonik – und erhielt viel Beifall aus dem Plenum für die Versicherung, dass Evonik eben deshalb keine Palmölanlagen baue. „Aber wir entscheiden betriebswirtschaftlich nach Rendite-Gesichtspunkten – und deshalb wird Herne V nicht gebaut, das türkische Kraftwerk aber schon.“

Jens Baganz erinnerte daran, dass die Reduktionsziele von Brüssel fest vorgegeben seien und für Deutschland insgesamt 450 Mio t betragen. Die Frage könne also nur sein, wie sie erreicht würden. Konkret sei der Streitpunkt ob der Industrie für die Erreichung dieses Ziels durch vollständige Auktionierung der Emissionsrechte insgesamt ca. 70 Mrd. entzogen und an Regierungen verteilt werden solle. Unklar sei auch, nach welchem Modus soll das passieren solle.

Die Abschlussdiskussion wandte sich ausdrücklich der Frage zu: Was sind die Zukunftsaussichten, was ist zu tun?

Klima-Allianz (NABU): Wir suchen Gespräche mit Landesregierung über die realistische Erreichung der ambitionierten Ziele. Denn über die Ziele besteht Einigkeit – Differenzen gibt es nur über die Wege, sie auch wirklich zu erreichen. Nach unserer Einschätzung ist die Diskussion über Kraftwerke ausgereizt: Weitere Annäherungen sind anscheinend nicht mehr möglich. Wir möchten aber die Diskussion ausweiten auf Landwirtschaft und Verkehr, die im bisherigen Aktionsplan keine Rolle spielen.

Dirk Jansen (Klima-Allianz) betonte die Notwendigkeit ordnungsrechtlicher Instrumente auf Bundesebene. Im Aktionsplan der Landesregierung fehlten vor allem konkrete Angaben, wie die Ziele erreicht werden sollten und wie das finanziert werden solle. Er wies auch darauf hin, dass es unklug sei, in Brüssel gegen die Auktionierung der Emissionsrechte zu lobbyieren: denn dann würden die Gelder für die Umsetzung der Ziele fehlen.

Udo Wichert (Geschäftsführer von Evonik) mahnte noch einmal die dringend erforderliche Klarheit bei der KWK-Regelung an. Derzeit werde eine Verschlimmbesserung in Szene gesetzt. Durch die Auktionierung von Zertifikaten für Fernwärme wird diese gegenüber Gas und Öl benachteiligt – und das werde zu einem Einbruch der derzeitigen Euphorie für Fernwärme führen und zu einer erneuten Bevorzugung von Öl und Gas.

Jens Müller (Verbraucherschutzzentrale NRW) forderte alle Tagungsteilnehmer auf, die Aufgabe mit nach Hause zu nehmen, die Studie und deren Erkenntnisse in der Bevölkerung bekannter zu machen. Drei Aspekte seien dabei besonders zu berücksichtigen:

- Es fehle bisher eine klare und einfache Darlegung der Sachverhalte - eine einfache Erklärung des Konzepts der Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfähigkeit, seiner Notwendigkeit und der möglichen Maßnahmen.
- Bei allen Forderungen sollte stärker als bisher die soziale Gerechtigkeit auch innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden: wer könne sich was tatsächlich leisten?
- Insgesamt forderte er für alle Politik- und Wirtschafts-Bereiche mehr Klarheit und Transparenz

Darüber hinaus empfahl er den Teilnehmern, sich zu Weihnachten folgende Weihnachtsgeschenke zu gönnen:

- 1) Ökostrom
- 2) Abschaltleisten für Elektrogeräte
- 3) Monatskarten für den öffentlichen Nahverkehr
- 4) Investition in (Dämm-)Fenster, Heizung etc.
- 5) Investition in ethische Anlagen – für diejenigen, die sich das leisten könnten.

Nach einer Vision für die Zukunft gefragt, erwiderte Udo Wichert: „2018 sehe ich, dass „Evonik Industries“ Produkte schafft, die auch abgenommen werden und gleichzeitige einer Diskussion wie dieser standhalten.“ In einem Nachsatz betonte er, dass er aber in einer „Ökodiktatur“ nicht leben wolle.

Dirk Jansen äußerte die Hoffnung, dass mehr Menschen selbst aktiv werden würden - und sich dabei von der Webseite www.atomausstiegsselbermachen.de anregen ließen. Zudem hoffte er auf neue und bessere Technologie bis zum Jahr 2018.

Am zurückhaltendsten blieb Josef Tumbrinck: statt von Hoffnung zu reden, gab er seiner Angst vor dem „Verpassen von Chancen“ Ausdruck – „wenn wir die Warnungen vorsichtiger Wissenschaftler ignorieren – nämlich was passiert, wenn wir den derzeit noch in Kohle festgelegten geohistorischen Kohlenstoff wieder in die Atmosphäre entlassen.“

Ein Fazit

Am meisten beeindruckt hat mich das Ausmaß der Übereinstimmung zwischen den Ergebnissen der Studie und einem wachsenden Kreis einiger maßgeblicher Kirchenmitglieder und Organisationen, wie etwa dem evangelischen

Entwicklungsdienst. Sie zeigt sich auch an der Hauptvorlage „Globalisierung gestalten“, die als Kernbereiche für kirchliches Engagement Friedenspolitik („Für Recht und Frieden sorgen“), Klimawandel („Die Grundlagen des Lebens erhalten“), Migration („Menschen ein Zuhause geben“) und „Arm und Reich („Alle am Leben teilhaben lassen“ nennt¹⁸. Diese weitgehende Überlappung dieser Punkte mit den „Stationen“ von Wolfgang Sachs’ „Reise durch die Studie“ erklärt das Engagement für die Auftaktveranstaltung in Villigst: Diese neueren Strömungen in der evangelischen Kirche machen sie zu einem „natürlichen“ Bündnispartner für das Anliegen der Studie und für ihre Verbreitung.

Das erfordert vorbildliches Handeln von den Kirchengemeinden – und auf diesem Gebiet bleibt noch viel zu tun, wie Angelika Zahrnt anmerkte: von insgesamt 15.000 Kirchengemeinden haben gerade mal 500 die Möglichkeit genutzt, über das Projekt „Der Grüne Hahn“ ein Umweltmanagementsystem einzuführen.

In der Abschlussdiskussion wurde deutlich, dass bei allem grundsätzlichen Einverständnis mit der Vorgabe der Nachhaltigkeit / Zukunftsfähigkeit Meinungsdivergenzen über mögliche, realistische, und wünschbare Wege bestehen bleiben – Meinungsverschiedenheiten, die sich nicht nur auf die Wünschbarkeit dieser oder jener Maßnahme – wie der Erneuerung des „Kraftwerkparcs“ zur Einsparung durch Effizienzsteigerung (Evonik) oder, im Gegenteil, eines Moratoriums für Kohlekraftwerke (Klima-allianz) – beziehen sondern tiefer gehen: Die Meinungen gehen auch darüber auseinander, was als Tatsache betrachtet werden kann – und deshalb eigentlich dem Spiel der bloßen Meinungen entzogen sein sollte. Das hat entscheidende Konsequenzen für die Maßnahmen, die nicht nur als politisch durchsetzbar, sondern als im besten Sinne „vernünftig“ betrachtet werden: Ob es technisch tatsächlich möglich ist, Kohlekraft auch mittelfristig durch regenerative Energien ersetzt werden kann – wovon die Klima-allianz ausgeht - oder nicht – wovon die Landesregierung ausgeht, entscheidet darüber, ob die derzeitige Beschlussfassung der Landesregierung eine sachlich „vernünftige“ Entscheidung ist oder eine bloß politisch vernünftige Entscheidung.

Die Frage wäre also, welche Art von „Fakten“ sowohl die Landesregierung als auch die Klima-allianz bereit wären, also solche zu akzeptieren – und auf dieser Grundlage ihre jeweilige Position noch einmal zu überdenken. Anstatt diesen Bereich aus den beiderseits gewünschten Gesprächen einfach auszuklammern, wie das in der Abschlussdiskussion Anklang. Dieser Abbruch der Gespräche stimmt mich deshalb bedenklich, weil er auf eine Verhärtung der Haltung hindeutet – während doch gerade eine größere Offenheit für Vielfalt und eine größere Bereitschaft zum Dialog auch mit „Anderem“ in der Studie wie auch in den von Prof. Altner beschriebenen neuen theologischen Ansätzen eine Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit sind. Und gleichzeitig Mittel, sie zu erreichen: Diese Haltung der Offenheit ermöglicht es, dem Anderen auch dann eine „gute Absicht“ zu unterstellen, wenn er oder sie im Augenblick einen konträren Standpunkt vertritt – und gegensätzliche Maßnahmen befürwortet. Wie Wolfgang Sachs im Verlauf der Diskussion bemerkte, fördert die Unterstellung guter Absichten Einigung und Verständigung. Jeder kann dies am Verhalten der eigenen Umgebung nachprüfen – auch, dass umgekehrt die Unterstellung böser Absichten meist zu einem Verhalten führt, das diese Unterstellung zu bestätigen scheint Verständigung und Einigung erschwert.

¹⁸ Siehe <http://www.globalisierung21.de/Hauptvorlage-kurz-und.662.0.html>

Das mag man im Hinblick auf technische Fragen durch den Einsatz von unabhängiger Expertise kompensieren – auch wenn die technische und wissenschaftliche Kompetenz heute nicht mehr dieselbe fraglose Autorität besitzt wie vor einigen Jahrzehnten. Da aber, wo es um eine Einigung darüber geht, was alle Beteiligten als gerecht ansehen können, fehlt die Möglichkeit eines Rückgriffs auf eine unabhängige Instanz – sowohl innerhalb unserer eigenen Gesellschaft, mehr noch aber im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit zwischen verschiedenen Ländern, in denen die Menschen sich unterschiedlichen Kulturen und Religionen zugehörig fühlen. Dass es der Studie und die Tagung gelang, den Bogen von der persönlichen Einstellung zur Veränderung globaler Strukturen zu spannen, sehe ich als ihre größte Leistung. Und als die größte Motivation, nicht nur für die Studie „Reklame“ zu machen, sondern ihre Einsichten im eigenen Leben ernst zu nehmen.

**Eine Industriegesellschaft im Wandel –
Auftakt zur Debatte der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten
Welt“**

Ein Bericht von Dr. Reinald Döbel – Tagung vom 24.-26.10.2008, Ev. Akademie Villigst

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Ulrich von Hassell-Str. 76, 53123 Bonn

Tel.: 0228 – 81001 – 0

Fax: 0228 – 81001 – 160

www.eed.de

Redaktion: Jule Rode

November 2008

www.eed.de